



## Euro-Kurzinformation (49)

im Januar 2016

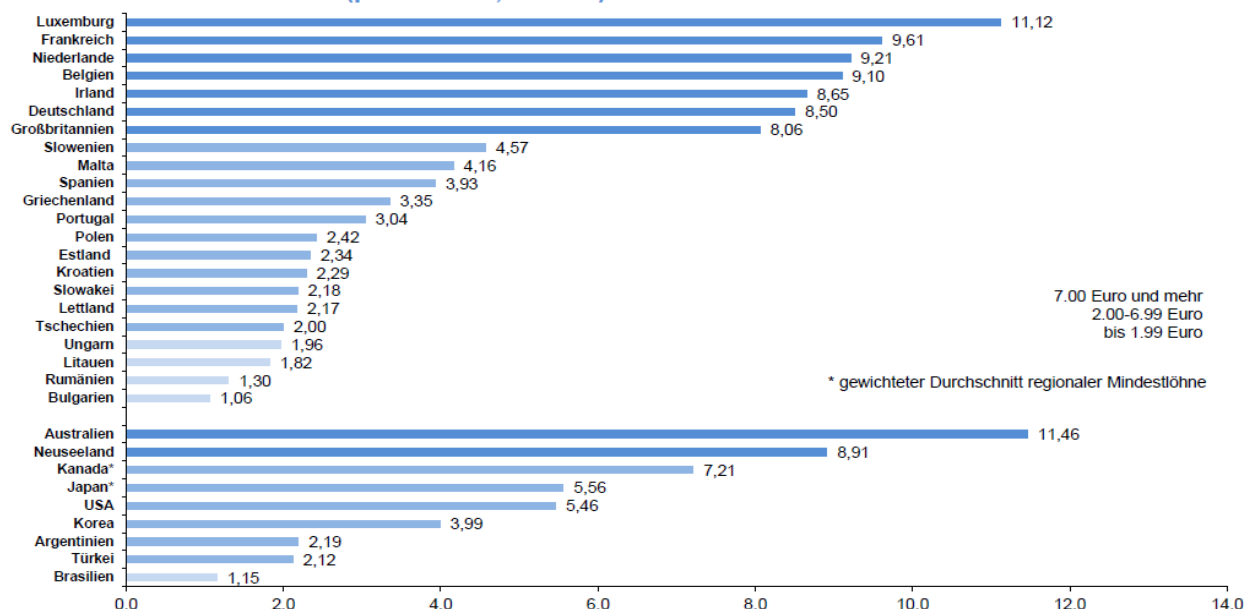
### ☞ Jedem sei der Mindestlohn von 8 Euro 50 vergönnt ...

... und in Zeiten guter Konjunktur, wie im vergangenen Jahr, sind die negativen volkswirtschaftlichen Effekte auch begrenzt. Niemand kann sagen, wie viele neue Jobs durch die Einführung des Mindestlohns verhindert wurden, ebenso gibt es nur unzureichende Statistiken, über den Wegfall von Arbeitsverhältnissen, beispielsweise in strukturschwachen Regionen. Eines ist jedoch klar: Die Einmischung des Staates in die Tarifautonomie widerläuft grundsätzlich liberalen Grundsätzen. Sie führt zu beschäftigungsschädlichen Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt und verhindert die Schaffung neuer Stellen, insbesondere für weniger Qualifizierte. Das ist nachdrücklich unsozial, der Mindestlohn verhindert Arbeitswilligen und -fähigen den Zugang zum Arbeitsmarkt – eine bemerkenswerte Errungenschaft der Sozialdemokraten in der Regierungskoalition!

Der beschriebene Effekt ist umso offensichtlicher, je mehr Minderqualifizierte im Lande sind und je schwächer die konjunkturellen Aussichten sind. Potenziellen Arbeitgebern ist es nicht zu verdenken, in unsicheren Zeiten keine zusätzlichen Arbeitskräfte einzustellen, deren „Produktivität“ weit unter dem Niveau des Mindestlohnes liegt. So wird der Mindestlohn ein erhebliches Problem bei der Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt. Laut Aussage der Bundesagentur für Arbeit ist der überwiegende Teil der Flüchtlinge nicht adäquat ausgebildet und spricht zudem nicht oder nur schlecht Deutsch. Viele sind sicherlich arbeitswillig und bemüht, werden aber auf unbestimmte Zeit - und hier muss auch nach den Erwartungen der BfA eher über Jahre als über Quartale kalkuliert werden - des notwendigen Anlernens bei allem Integrationswillens nicht den für Arbeitgeber notwendigen „Output“ liefern können.

Was hat das mit Europa zu tun? Die Grafik zeigt eine Übersicht der Mindestlöhne in europäischen Ländern sowie im internationalen Vergleich. Das angesprochene Flüchtlingsproblem ist notwendigerweise auf europäischer Ebene zu lösen und somit haben die den europäischen Arbeitsmarkt störenden Mindestlöhne nachhaltigen Einfluss auf die Integrationsmöglichkeiten der Flüchtlinge.

#### Gesetzliche Mindestlöhne (pro Stunde, in EUR) im Januar 2015



Quelle: WSI-Mindestlohn Datenbank International; [www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv\\_43610.hmt](http://www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_43610.hmt)

**Kommentar: Frau Nahles, statt über eine Erhöhung des Mindestlohnes nachzudenken gehört dieser schnellstmöglich abgeschafft!**

## ☞ **Die Niederlande haben übernommen**

Zum 01.01.2016 haben die Niederlande die halbjährlich wechselnde Ratspräsidentschaft übernommen. Das Land will sich dafür einsetzen, dass sich Europa auf Themen konzentriert, die für Bürger und Unternehmen wichtig sind, wie Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Andere politische Felder wie Bildung, Gesundheit, Renten und Steuern sollen den Mitgliedstaaten vorbehalten bleiben.

Die Niederlande haben 4 Prioritäten vorangestellt:

### **1. Migration und internationale Sicherheit**

Das Ziel ist eine gemeinsame Grenz-, Asyl- und Migrationspolitik. Die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa müsste besser geregelt werden. Die Lasten müssten fairer verteilt werden und es sollte versucht werden, die Migrationsströme besser zu steuern.

### **2. Europa als Motor für Innovation und Beschäftigung**

Für die Niederlande haben neue Arbeitsplätze und Innovationen in der Wirtschaft höchste Priorität. Die EU sollte zukunftssichere, ausgewogene Handelsabkommen schließen und zugleich Arbeitnehmer vor Ausbeutung und unfairem Wettbewerb schützen

### **3. Finanzen und die Eurozone**

Ziel ist eine robuste Eurozone mit soliden europäischen Finanzen. Die Niederlande wollen eine Diskussion über einen neuen, reformierten Mehrjahreshaushalt in Gang bringen.

### **4. Zukunftsorientierte Klima- und Energiepolitik**

Angestrebt wird ein zukunftssicheres Modell für nachhaltiges Wachstum bei ganzheitlichem Vorgehen in Sachen Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit. Auch die Europäische Energieunion steht auf der Tagesordnung.

**Kommentar: Die Niederlande wollen durch Dialog und Zusammenarbeit erreichen, dass Europa an einem Strang zieht: Wir drücken die Daumen!**

## ☞ **Guy Verhofstadt verurteilt polnisches Mediengesetz**

Der Vorsitzende der liberalen ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament Guy Verhofstadt kritisierte Polens neues Mediengesetz. Nach der Verabschiedung des Gesetzes durch das Unterhaus des polnischen Parlaments sagte Verhofstadt: „Das Mediengesetz, das gestern von der PiS- Mehrheit (konservative polnische Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit) im Sejm verabschiedet wurde, untergräbt die Vielfalt der Presse in Polen und setzt die öffentlich rechtlichen Sender unter politischer Kontrolle. Nach dem Gesetz, das das Verfassungsgericht lähmt, ist dies ein weiterer hastiger Schritt, um schnell Fakten zu schaffen und Polen von der Europäischen Werteordnung zu trennen und das Land in östliche Richtung zu lenken.“

**Kommentar: Verhofstadt – ein Mann klarer Worte.**

## ☞ **Kroatiens neuer Ministerpräsident – völlig unverständlich**

Am 23.12.2015 wurde in Kroatien der parteilose Tihomir Orešković als neuer Ministerpräsident nominiert. Staatspräsidentin Kolinda Grabar-Kitarović beauftragte Orešković noch am selben Tag mit der Regierungsbildung. In Kanada aufgewachsen lebt der neu gewählte Premier erst seit einigen Jahren wieder in Kroatien. Seine mangelhafte Beherrschung der Landessprache führt zu Irritationen; so schreibt das liberale Webportal tportal.hr: „ Schon bei seiner Antrittsrede sprach er von ‘Gebäuden‘ und meinte ‘Bürger‘ und am Mittwoch erklärte er vollmundig, er wolle mal schauen, wie er die Verschuldung in den kommenden ein, zwei Jahren steigern kann.“

**Kommentar: Sprachen lernen ist so wichtig.**